

21.09.2011

## Integrationsdebatte sachlich, aber nicht naiv führen



Der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Markus Dröge.  
Foto: idea/Polzer

*Frankfurt am Main (idea) - Für eine Versachlichung der Integrationsdebatte hat sich der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Markus Dröge (Berlin), ausgesprochen. Doch dürfe der interreligiöse und interkulturelle Dialog nicht „naiv“ geführt werden, sagte er am 21. September in Frankfurt am Main beim Jahresempfang des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer (AEU).*

Es gelte vielmehr, „wehrhaft“ für Demokratie und Toleranz einzutreten. So sei das Mobbing deutscher Schüler durch Muslime an Berliner Schulen nicht hinzunehmen. Auch könne er das Tragen einer Burka, die das ganze Gesicht muslimischer Frauen verhüllt, nicht akzeptieren, weil dadurch die Kommunikation behindert werde. Von Zuwanderern müsse man ferner verlangen, dass sie die deutsche Sprache erlernen, sagte Dröge vor rund 120 Gästen des AEU-Empfangs.

### Mehr Katholiken als Muslime unter Zuwanderern

Der Bischof plädierte dafür, in der Integrationsdebatte die Fakten zu beachten. So seien von den rund 15 Millionen Personen „mit Migrationshintergrund“ in Deutschland etwa fünf Millionen Spätaussiedler. 1,8 Millionen Zuwanderer seien türkische Staatsangehörige. Die Zahl der Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern werde auf 3,8 bis 4,3 Millionen geschätzt. Ein Fünftel von ihnen - also etwa 800.000 - gehöre einer religiösen Vereinigung an. Dröge: „Die Zahl der Katholiken unter den Zugewanderten ist immer noch größer als die Zahl der Muslime.“

### Große Integrationsdefizite bei Türken

Problematisch sei die Minderheit von 14 Prozent unter den Muslimen, die sich distanziert gegenüber der rechtsstaatlichen Demokratie verhielten oder religiös motivierte Gewalt bejahten. Dies sei, wie die Shell-Jugendstudie gezeigt habe, besonders unter jungen Muslimen mit einer starken Religiosität der Fall, während bei jungen Christen starke religiöse Überzeugungen eher mit Toleranz und Gewaltverzicht einhergingen. An manchen Berliner Schulen würden Schüler deutscher Sprache herabwürdigend behandelt und etwa als „Schweinefleischfresser“ bezeichnet. Große Integrationsdefizite gebe es vor allem bei

Türken, Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Afrikanern. Es sei daher problematisch, Probleme nur einer bestimmten Religionszugehörigkeit zuzuordnen. Integration könne auch nicht bedeuten, eine Leitkultur vorzugeben. Ebenso wenig könne freilich die Lösung in einem „unkritischen Multikulturalismus“ bestehen. Vielmehr sollten auf einem „dritten Weg“ formale Bedingungen des Zusammenlebens festgelegt werden, innerhalb derer sich das Leben in unterschiedlichen religiösen und kulturellen Formen entwickeln könne.

### **Kein „Gottesstaat“ in Deutschland**

Zu den Bedingungen gehört nach Dröges Überzeugung die Anerkennung der universellen Gültigkeit der Menschenrechte. Dazu zählten beispielsweise das Recht, die Religion zu wechseln, aber auch die Gleichberechtigung der Geschlechter oder das Nein zur Todesstrafe. Ferner gelte es, an der Unterscheidung von Staat und Religion festzuhalten. Dröge: „Wer in Deutschland eine Heimat sucht, der muss wissen, dass hier kein ‚Gottesstaat‘ zu bauen ist.“ Im Blick auf das islamische Religionsgesetz, die Scharia, sei zu beachten: „So wenig die Kirche fordert, die biblische Tradition als Rechtsquelle festzuschreiben, so wenig kann die Scharia bei uns als Rechtsquelle etabliert werden.“ Damit erteilte der Bischof auch sogenannten „Scharia-Gerichten“ für Muslime in Deutschland eine Absage.

### **Christen sollen „apologetisch“ vom Glauben sprechen**

Die zunehmende Präsenz des Islam habe auch für Christen hierzulande Konsequenzen. Sie seien herausgefordert, verständlich über ihren Glauben zu sprechen und sich „offensiv“ in die Gesellschaft einzubringen. Der Bischof rief die Christen auf, „apologetisch“ aufzutreten: „Wir müssen sagen können, warum wir Christen sind.“ Der seit 1966 bestehende AEU versteht sich als Bindeglied zwischen Kirche und Wirtschaft. Vorsitzender ist Michael Freiherr Truchseß (Niederflorstadt bei Frankfurt am Main). Als theologischer Berater fungiert Propst Sigurd Rink (Wiesbaden). Geschäftsführer ist Stephan Klinghardt (Karlsruhe).



Quelle: [http://www.ekd.de/aktuell\\_presse/news\\_2011\\_09\\_21\\_2\\_droege\\_integration.html](http://www.ekd.de/aktuell_presse/news_2011_09_21_2_droege_integration.html)  
Auszug vom 21. September 2011

## Bischof Dröge wirbt für sachliche Integrationsdebatte

**epd** Frankfurt a.M. (epd). Der Berliner evangelische Bischof Markus Dröge hat dafür geworben, die Debatte über Integration zu versachlichen. Dazu gehörten transparente und nachvollziehbare Regeln für die Zuwanderung, sagte Dröge am Mittwoch in Frankfurt am Main. Solche Regeln müssten sich an den wirtschaftlichen Erfordernissen ausrichten und Qualitätsanforderungen an die Migranten umfassen. Notwendig seien weiter Regeln für Zuwanderung aus humanitären Gründen.

Dröge äußerte sich auf einer Veranstaltung des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer. In dem Arbeitskreis sind Persönlichkeiten zusammengeschlossen, die als Unternehmer oder Führungskräfte in der Wirtschaft tätig sind. Vorsitzender ist Michael Freiherr Truchseß.

"Wir brauchen also eine doppelte Zuwanderung: die 'Eigennützige' und die Humanitäre", sagte der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Der Theologe nannte es unsachgemäß, Probleme bei der Integration nur einer bestimmten Religionszugehörigkeit zuzuschreiben: "Das ist kontraproduktiv." Als erschreckend wertete Dröge, dass "gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" in der Gesellschaft rapide zugenommen habe und bis in die bürgerlichen Schichten "salonfähig" geworden sei.

Der Bischof widersprach Vorstellungen, wonach die Integration die Anpassung an eine bestimmte Leitkultur erfordere. "Integration kann aber auch nicht ein unverbindliches Nebeneinanderher-Leben im Sinne eines seichten Multikulturalismus bedeuten", ergänzte er. Stattdessen empfahl Dröge einen dritten Weg, bei dem verbindliche Rahmenbedingungen einzuhalten seien. Dazu gehörte etwa die Achtung der universalen Geltung der Menschenrechte, die Unterscheidung von Staat und Religion, sowie die Bereitschaft zur Kommunikation, etwa durch Erlernen der Landessprache.

21. September 2011